

11.12.2002

## Bürgerbefragung steht grundsätzlich nichts entgegen

Die CDU will die Leeraner zur Abwahl von Hendrik Hamer und zur „Sozialen Stadt“ befragen.

has Leer. Der von der CDU im Stadtrat geforderten Bürgerbefragung zur „Sozialen Stadt“ und zur Abberufung des stellvertretenden Bürgermeisters Hendrik Hamer steht grundsätzlich nichts entgegen. Weder die Kommunalaufsicht beim Landkreis Leer noch die bei der Bezirksregierung Oldenburg „sehen auf den ersten Blick Gründe, die dagegen sprechen.“

Wie Pressesprecherin Herma Heyken in Oldenburg sagt, habe man diesen speziellen Fall nicht im Detail geprüft. Der Paragraph 22 Niedersächsische Gemeindeordnung, in dem die Bürgerbefragung geregelt ist, lässt aber viel Spielraum. Auch die Kommentierung des Paragraphen sei sehr weit gefasst.

Voraussetzung für die Bürgerbefragung ist eigentlich nur, dass das Thema in den Zuständigkeitbereich des Rates fällt. Das tut es zweifelsohne. Der Stadtrat muss lediglich mit einfacher Mehrheit dem Antrag zur Bürgerbefragung zustimmen.

Wenn der Rat einer Bürgerbefragung zustimmen sollte, muss die Stadt noch eine Satzung erarbeiten, in der das Verfahren näher geregelt wird. Es liegt im Ermessen der Kommune, wie die Befragung gestaltet wird, welcher Zeitpunkt und welche Zeitdauer gewählt wird. Außerdem muss der genaue Text festgelegt werden. Dann können zum Beispiel Listen im Rathaus oder auch anderen öffentlichen Gebäuden ausgelegt werden. Oder die Stadt verschickt gekennzeichnete Postkarten.

An der Befragung dürfen alle teilnehmen, die auch bei einer Kommunalwahl stimmberechtigt wären, erläutert Knut Müller das Verfahren. Er ist bei der Stadt Leer zuständig für Ratsangelegenheiten und Wahlen. Gefragt werden müssten also alle über Männer und Frauen über 16 Jahre (auch EU-Ausländer), die seit mehr als drei Monaten ihren Wohnsitz in Leer haben.

Eine Bürgerbefragung ist für den Rat unverbindlich.

Wie die OZ berichtete, hat die SPD den Grünen-Fraktionschef Bruno Schachner zum Nachfolger Hamers auserkoren. Am kommenden Mittwoch soll es in der Stadtratssitzung zur Abstimmung über die Abberufung Hamers kommen. Der Grund dafür liegt einige Wochen zurück: CDU-Ratsherr Hamer war als stellvertretender Bürgermeister den Feierlichkeiten zur neuen Synagogen-Gedenkstätte mit der Begründung ferngeblieben, er wolle der Instrumentalisierung des Holocaust keinen Vorschub leisten.

Zum Thema „Soziale Stadt“ strebt die CDU-Fraktion eine Bürgerbefragung an, weil sich dagegen heftiger Widerstand bei den Hausbesitzern in dem Stadtteil formiert hat. Außerdem möchte die CDU wegen der „Sozialen Stadt“ keine neuen Schulden machen.